

Leserbriefe gegen die Waffeninitiative, Abstimmung vom 13. Februar 2011

Waffeninitiative bringt keine zusätzliche Sicherheit

Durch ein Waffenverbot mehr Sicherheit zu gewährleisten, wie es die Initiative "Für den Schutz vor Waffengewalt" verspricht, ist schlichtweg eine Illusion. Der grösste Teil von Missbrauchsfällen wird mit illegal erworbenen Waffen begangen. Wer eine Waffe illegal erwerben will, findet immer einen Weg dazu. Die Waffeninitiative richtet sich ausgerechnet gegen jene Schweizerinnen und Schweizer, die kein Sicherheitsrisiko darstellen: Milizsoldaten und verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger, Kriminelle hingegen werden verschont. Deshalb stimme ich am 13. Februar gegen die nutzlose Waffeninitiative.

Waffeninitiative ist nutzlos

Die Waffeninitiative wird keine Waffenmissbräuche verhindern können. Es sind die Menschen, nicht die Waffen, die Missbräuche begehen. Hinter häuslicher Gewalt und Suiziden stehen Menschen mit schweren psychischen oder sozialen Problemen. Daher muss eine seriöse Missbrauchsbekämpfung beim Menschen und unserer Gesellschaft ansetzen. Dies kann erreicht werden, durch eine solide Prävention, als auch durch ein hartes Durchgreifen bei der Strafverfolgung. Die Initiative ignoriert also die wirklichen Ursachen des Waffenmissbrauchs. Am 13. Februar stimme ich darum Nein zur Waffeninitiative.

Geltendes Waffengesetz ist besser als irreführende Waffeninitiative

Im Jahr 2008 haben der Bundesrat und das Parlament eine Waffengesetz-Revision verabschiedet, welche die besonderen Schweizer Verhältnisse berücksichtigt. Die heute gültige Gesetzgebung zusammen mit den vom Bundesrat umgesetzten Massnahmen bei der Armee-Waffe bekämpfen den Waffenmissbrauch effektiv. Die Waffeninitiative hingegen bringt keine zusätzliche Sicherheit und ist deshalb klar abzulehnen.

Nein zur Armeeabschaffung in Raten

In regelmässigen Abständen versuchen links-grüne Kreise unsere Armee zu schwächen und langfristig ganz abzuschaffen. Die Waffeninitiative ist ein solcher Versuch dazu. Zur Erinnerung: Das Schweizer Volk und die Stände haben der Armee die Aufgabe übertragen, das Land und seine Bevölkerung zu schützen. Für die Sicherheit des Landes leisten Armeeangehörige einen unersetzlichen Beitrag. Die Abgabe einer persönlichen Waffe ist Ausdruck von Vertrauen zwischen Staat und Bürger. Ich stimme daher am 13. Februar für die Sicherheit in der Schweiz und gegen die Waffeninitiative.

Hohe Kosten und Aufwand, kein Nutzen

Die Waffeninitiative verursacht hohe Kosten für den Bund, die Kantone und die Gemeinden. Das heutige Waffengesetz ist darauf ausgerichtet, Missbräuche einzudämmen. Mit der Annahme der Initiative wäre alles verboten, was nicht explizit als Ausnahme formuliert ist. Somit würde das Missbrauchsbekämpfungsgesetz zu einem bevormundenden, bürgerfeindlichen Verbotsgesetz, das aufwendig und teuer in der Realisierung wäre. Ich lehne die Waffeninitiative klar ab, weil sie die Bürger bevormundet, sowie einen grossen administrativen und finanziellen Aufwand zu Lasten der Steuerzahler nach sich zieht.

Milizarmee ohne Waffen?

Das Milizsystem ist das Fundament der Schweizer Gesellschaft, die auf den Prinzipien der Freiheit, des Vertrauens und der Eigenverantwortung des Bürgers beruht. Eine Milizarmee zu haben bedeutet: Jeder Bürger ist auch ein (Bürger-)Soldat. Die Abgabe der persönlichen Waffe an Armeeingehörige ist Ausdruck des Vertrauens zwischen dem Staat und dem Bürger. Die Initianten der Waffeninitiative wollen ausgerechnet jene entwaffnen, welche die Sicherheit unseres Landes gewährleisten. NEIN zur Waffeninitiative am 13. Februar.

Nein zur Waffeninitiative

Am 13. Februar 2011 stimmen wir über die Waffeninitiative abstimmen, welche vom links-grünen pazifistischen Lager initiiert wurde. Für mich als Stimmbürger ist diese pazifistisch angehauchte Initiative einmal mehr ein Schuss ins Leere. Das geltende Waffengesetz ist im europäischen Vergleich sehr streng und bietet wirksamen Schutz vor Waffenmissbrauch. Die Waffeninitiative bringt nicht mehr Sicherheit, deshalb stimme ich mit einem Nein.

Waffeninitiative klammert Kriminelle aus

Die Waffeninitiative will laut den Initianten für mehr Sicherheit sorgen. Eine Annahme der Initiative würde aber nur zu beträchtlichem administrativen Aufwand führen, ohne etwas gegen den Waffenmissbrauch ausrichten zu können. Bereits heute müssen Schusswaffen beim Kanton gemeldet werden. Die Initiative verlangt, dass dies zentral beim Bund geschieht – ein Nutzen ist nicht erkennbar. Kriminelle, die darauf aus sind, Schusswaffen zu missbrauchen, werden ihre Waffen auch weiterhin auf illegalem Weg beschaffen - daran kann die Waffeninitiative nichts ändern. Die Argumente der Initianten sind Augenwischerei, einmal mehr wird Parteipolitik auf dem Rücken der Bürger gemacht. Deshalb ist die Waffeninitiative abzulehnen.

Waffeninitiative will die Armee schwächen

Die aus links-grünen Kreisen stammende Waffeninitiative zielt darauf ab, die Schweizer Milizarmee zu schwächen. In regelmässigen Abständen versuchen die GSoA und ihre Verbündeten die Verankerung des Milizsystems in der Bevölkerung zu untergraben. Jetzt soll die Dienstwaffe, die zur persönlichen Ausrüstung jedes Soldaten gehört, ins Zeughaus verbannt werden. Damit wird jeder Armeeingehörige als Sicherheitsrisiko eingestuft, obwohl jeder zu pflichtbewusstem und verantwortungsvollem Handeln ausgebildet ist. Die armeefeindlichen Kreise zeigen so deutlich ihr Misstrauen gegenüber der Schweizer Bevölkerung und bestrafen ausgerechnet jenen Teil, der bereit ist, seinen Anteil zu leisten. Nein zu einem weiteren Versuch, unter falschem Vorwand das bewährte Milizsystem anzugreifen, deshalb Nein zur Waffeninitiative am 13. Februar.

Keine Verbesserung der Sicherheit durch Waffeninitiative

Am 13. Februar 2011 kommt die von der GSoA und den linksgrünen Parteien lancierte gefährliche Waffeninitiative zur Abstimmung. Die Initianten verlangen unter dem Vorwand der Bekämpfung von Gewaltdelikten die Abschaffung der Heimabgabe der persönlichen Armeewaffe an unsere Milizsoldaten. Fakt ist: Ein genereller Verzicht auf die Heimabgabe ist unverhältnismässig und ergibt. Die Annahme der Waffeninitiative hätte die Entwaffnung der Milizarmee und die Zerstörung des Schiesswesens als Schweizer Volkssport zur Folge. Darum ist das GSoA-Ansinnen an der Urne abzulehnen.